

Im Jahr 1994 wurde in Kolumbien ein "Gesetz zur Schaffung von Reservezonen für Kleinbauern" verabschiedet, das dazu dienen sollte, in bestimmten kleinbäuerlich geprägten Gebieten den Aufkauf von Ländereien durch Großgrundbesitzer und Agroindustrie zu verhindern.

Das Gesetz wurde nur in wenigen Gebieten angewendet.

Bei den Friedensverhandlungen in Havanna hat die FARC das Thema der Reservezonen in den Verhandlungspunkt über Landwirtschaft und Grundeigentum eingebracht, begleitet von der Forderung, derartige Zonen müssten in Wirtschaft und Verwaltung weitgehend autonom sein. Letzteres hat bei Regierung und Kritikern zu der Annahme geführt, die FARC wolle erneut nach dem Vorbild der 2002 aufgelösten entmilitarisierten Zone Gebiete schaffen, in denen sie ihre eigenen Regeln und Gesetze anwendet.

Die Kolumnistin Maria Elvira Bonilla geht in einem Kommentar in EL ESPECTADOR online am 24.3.2013 auf das Thema ein:

Wer fürchtet die Reservezonen?

Die Teilnehmer an einem Treffen der Verteidiger dieser Rechtskonstruktion in Form des Gesetzes 160 von 1994, wie José Antonio Ocampo, seinerzeit Landwirtschaftsminister und César Gaviria, damals Staatspräsident, verteidigen das Gesetz, weil sie an eigenem Leib die harte Situation erlebt haben in den Gebieten, für die eine Lösung geschaffen werden sollte. Es handelt sich um Kleinbauern, Kinder von Kolonisten, die sich, von den blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien, der Violencia, in den 1950er Jahren vertrieben, mitten im Urwald, in den Departements Caquetá, Putumayo, Guaviare u.a. ansiedelten. Dort rodeten sie den Wald und errichteten kleine Höfe, die sie später verkauften an größere Landeigentümer, fast immer Viehzüchter, um dann auf einer neuen Parzelle den Vorgang neu zu beginnen, und so verfahren auch ihre Kinder.

Die Erklärung einer Zone zur Reservezone für Kleinbauern erlaubt, dass dieser Prozess wandernder Kolonisten gestoppt wird. Der Sinn dieser Regelung ist kein anderer als sicherzustellen, dass der Boden in den Händen von Kleinbauern bleibt, weil nur Landverkäufe unter Kleinbauern erlaubt sind und die Konzentration großer Ländereien verhindert wird. Gleichzeitig mit der Verratschließung des Gesetzes verpflichtete sich der Staat zu Investitionen in die soziale Infrastruktur: Straßen, Elektrifizierung und Unterstützung der kleinbäuerlichen Produktion durch Beratung.

Durch diese Zonen wird es möglich, die agrarische Landkarte Kolumbiens zu definieren und die kleinbäuerliche Landwirtschaft zu schützen, die ca. 50% der Lebensmittel des Landes erzeugt. Bisher bestehen sechs solche Zonen, die auf der Grundlage des Gesetzes Mitte der 90er Jahre geschaffen wurden. Bei sieben weiteren wurde der Gründungsvorgang ausgesetzt, weil das Verteidigungsministerium heftig widersprach, und für 50 weitere laufen die Vorbereitungen zur komplizierten Beantragung. Letztere umfassen 9 Millionen Hektar.

Die Polemik über die Reservezonen brach los, weil die FARC in Havanna viel weiter vordrängte. Sie schlug vor, die Reservezonen sollten in autonome Territorien umgewandelt werden, die organisiert werden sollten wie Kommunen, Reservate der indigenen Einwohner oder gemeinschaftlich verwaltete Territorien der Afrokolumbianer. Diese Forderung zu erfüllen, ist die Regierung nicht bereit, und deswegen gibt es ein Stocken der Verhandlungen in Havanna.

Von dem Treffen der Vertreter der bestehenden Reservezonen, bei dem man viel sehen und hören konnte von den mehr als 3000 Teilnehmern, nahm man den Eindruck mit, für die Zeit

nach dem bewaffneten Konflikt könnte eine Landkarte mit organisierten bäuerlichen Gemeinschaften eine Alternative sein für eine Leben in Würde, anders als die nicht wieder gutzumachende Vertreibung.....